

5. PiA-Politik-Treffen am 24.03.2014 in Berlin:

„PiA, PEPP und Politik“

Organisation: Manuel Becker (PiA für gerechte Bedingungen!), Anna Eiling (PfgB!), Kathrin Linsler (PfgB!), Norman Marko (DGAP), Ricarda Müller (DFT), Ariadne Sartorius (bvvp), Robin Siegel (VPP im BDP), Katharina Simons (PfgB!), Kerstin Sude (DPtV)

Moderation: Dipl.-Psych. Britta Pfennig

Protokollantin: Katharina Simons

Einleitung

Wir suchen seit dem letzten PPT stärker Kontakt zur Bundespolitik : Nach den Zusagen von Ackermann (FDP) und Bunge (Linke) auf dem 4. PPT freuten wir uns diesmal, dass ein MdB der großen Koalition, Ute Bertram (CDU), Mitglied des Gesundheitsausschusses, für einen Beitrag zur Reform und zu „PEPP“ für einen Redebeitrag und die Anschlussdiskussion gewonnen werden konnte. Nachdem Frau Bertram, die sich zunächst als „Neuling“ im gesundheitspolitischen Metier outete, ihre Pro-Positionen bzgl. PEPP und zur Ausbildungsreform präsentierte, stellte sie sich, gemeinsam mit Herbert Weisbrod-Frey (ver.di), dem Bereichsleiter der Bundesgesundheitspolitik von ver.di, der sich zuvor gesundheitspolitisch eher kritisch zum Thema „PEPP“ äußerte, den zahlreichen und interessierten Fragen der Teilnehmer/innen. Frau Bertram bestätigte zum Ende ihres Besuches, viele Anregungen vom PPT mitzunehmen.

Und ansonsten? Es war wieder ein gut besuchtes Treffen mit Aktiven aus vielen Verbänden, alten und neuen Hasen, sowie Studierenden, die in der PsyFaKo vernetzt sind. Es gab viel Elan, viele Ideen und den Wunsch, die etablierten PiA-politischen Methoden besser zu tradieren und zu kommunizieren. Nun suchen wir Freiwillige, die Youtube-Tutorials basteln!

Wir bedanken uns wieder herzlich für die finanziellen Hilfen unserer unterstützenden Verbände, die das Treffen in dieser Form ermöglichen und somit dazu beitragen, dass die neue Generation von Psychotherapeuten/-innen sich mit aktuellen berufspolitischen Themen auseinandersetzt, sich gut vernetzt, Aktionen für eine Reformierung des PsychThG plant und umsetzt sowie Erfahrungen dabei sammelt, sich für ihren Berufsstand einzusetzen.

Das nächste PiA-Politik-Treffen wird am 22.09.2014 in Berlin stattfinden. Wir haben wieder ein verbändeübergreifendes Organisationsteam zusammengestellt. Wer außerdem Interesse daran hat, sich an der Umsetzung PiA-politischer Ziele auf Bundesebene zu beteiligen oder Nachrichten über lokale Aktionen hat, kann sich gern beim Organisationsteam unter info@piapolitik.de melden.

Anmeldungen zum nächsten Treffen nehmen wir ab sofort per E-Mail an info@piapolitik.de entgegen. Diesmal könnt ihr Euch auch via Online-Formular selbst anmelden: <http://piapolitik.de/teilnehmen/>

Gruppenarbeit: Aktuelle PiA-politische Anliegen

Die Teilnehmer/-innen teilten sich in 4 geographisch inspirierte Gruppen auf (Nord, Ost, Süd, West) und tauschten sich darüber aus, was ihnen zurzeit PiA-politisch wichtig ist. Eingeleitet wurde die Gruppenarbeit durch Katharina Simons, die eine kurze Zusammenfassung über die bisher vom PiA-Politik-Treffen behandelten Themenbereiche gab. Sie hob hervor, dass mit dem PiA-Politik-Treffen ein Bündnis unterschiedlichster Akteure gelungen sei, das auf Bundesebene eine gewisse Lobbyarbeit umsetze und eine große Vernetzung von PiA-politisch Interessierten erreicht habe. Sie ermutigte die Teilnehmer/-innen, nicht

auf Besserung zu warten, sondern sich mit kleinen Schritten um die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen zu kümmern. Sie benannte folgende Themenbereiche: die Verbesserung der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten, die Verbesserung der Vergütung während der Praktischen Tätigkeit, in Zusammenarbeit mit ver.di, die Umsetzung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen bzgl. der gemeinsamen Kernforderungen (Ausbildungsreform jetzt! Und Zugangsvoraussetzung Master), sowie darüber hinaus gehende Öffentlichkeitsarbeit.

Zusammenfassung

Aus den präsentierten Inhalten wurden während der Gruppenarbeit folgende Punkte für besonders wichtig gehalten:

- **Vorantreiben der Mobilisierung** unter Studierenden, PiA und Jungapprobierten, bspw. durch berufspolitische Impulsreferate und Seminare an der Uni, sowie durch die Zurverfügungstellung kompakten PiA-aktiven Know-hows, bspw. in Form von Youtube-Tutorials
- Verbesserung der **Vernetzung** mit Studierenden, PiA und Jungapprobierten, bspw. durch Teilnahme an dem PsyFaKo-Treffen in Bielefeld am 9.-11.Mai 2014.
- **Definition der inhaltlichen Ziele** der bundesweiten PiA-Politik bzgl. der Reform, ohne Angst vor Kontroversen
- Brief an Frau Nahles bzgl. des **Mindestlohngesetzes**
- **Kammerzugehörigkeit für alle PiA**
- **Qualitätsstandards** für die Ausbildung fördern
- Zusammenarbeit mit **ver.di**
- Formulierung von **Mindestanforderungen an die Reform** auf dem nächsten Treffen. Dies müsste durch eine Vorbereitungsgruppe vorbereitet werden. Wer?

Gruppe Nord

Was in den Bundesländern von der PiA-Politik angekommen ist: Demo 2012 und Flashmob wurden mitorganisiert und PiA-Spots kommuniziert, Qualitätsstandards für Praktische Tätigkeit und Ausbildungsinstitute weiterverbreitet, ein Runder Tisch ist in Planung. Es gibt eine gute Kooperation mit der Kammer (in Hessen sind 25% der PiA Mitglied, dies ist deutlich mehr als in anderen Bundesländern), es gibt einen PiA-Tag in Hamburg, an dem verschiedene Verbände gemeinsam informieren und sich vorstellen, es werden von Studierenden an der Uni Kurzvorträge über die Ausbildung gehalten, um über die Bedingungen zu informieren. Insgesamt habe sich der Organisationsgrad der PiA sehr verbessert.

Was noch gebraucht wird: Mehr Transparenz bzgl. der Ausbildungsbedingungen an den verschiedenen Instituten, Klärung des Zuganges zur Aus- bzw. Weiterbildung, dass Systemische Therapie und Gesprächspsychotherapie ins KV-System aufgenommen werden und alle wissenschaftlich anerkannten Verfahren an den Unis gelehrt werden, mehr Studierende ins Boot geholt werden, bei der Kammerwahl, wo möglich, eigene PiA-Listen aufgestellt werden, PiA insgesamt besser in Verbänden und Kammern vertreten sind, angemessene tarifliche Eingruppierung auch nach der Approbation.

Gruppe Ost

Was in den Bundesländern von der PiA-Politik angekommen ist: Streik, Demos und Flashmob wurden mitorganisiert, Video verbreitet. Allerdings gibt es bisher noch wenig Vernetzung in den großflächigen Bundesländern.

Was noch gebraucht wird: Es wird eine Verstärkung der PiA-politischen Strukturen gewünscht (bspw. in Form von AGs), mehr Informationen auf der Homepage, ein Brief an Nahles wegen des Mindestlohns, der Organisationsgrad bei ver.di sollte gestärkt werden, bessere Vernetzung mit Studierenden, bessere regionale Vernetzung, stärkere Nutzung der sozialen Netzwerke, Erstellen von Briefvorlagen.

Gruppe Süd

Was noch gebraucht wird: Die Mobilisierung sollte insgesamt verbessert werden: Die Fachschaften, Pädagogen/-innen sollten besser eingebunden werden, mehr berufspolitische PiA-Infoveranstaltungen und

Aktionen, Mut & Wut sollten kultiviert werden und Ängste abgebaut werden, konkrete berufspolitische Wege sollten aufgezeigt werden, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit ermöglicht werden.

Gruppe West

Was in den Bundesländern von der PiA-Politik angekommen ist: Die Demos und der Flashmob wurden mitorganisiert, in Trier als studentische Initiative, in Saarbrücken wurde ein PiA-Ausschuss in der Kammer gegründet. In NRW wurden Mindestanforderungen an die Praktische Tätigkeit verabschiedet, in Köln gibt es einen PiA-Stammtisch und das PiA-Netz-Rheinland. Es gibt eine Gruppe von PiA, die gemeinsam Gehalt einklagt. Es findet Ausbildungsévaluation statt.

Was noch gebraucht wird: Der Weg sollte in einem Dreischritt verlaufen: mehr Info-Politik, darüber mehr Vernetzung, und darüber mehr Mobilisierung, und zwar angefangen bei den Studierenden, über die PiA zu den Jungapprobierenden. Es sollte nun eine Zielklärung der PiA-Politik bzgl. der Ausbildungsreform initiiert werden. Dieser Frage sei bislang ausgewichen worden. Auch wenn sie zu Kontroversen führt, könne diese Diskussion nicht ausgelassen werden. Eine Zusammenarbeit mit der DGPs wäre möglich.

Aktionsvorschlag: Straßentheater

Die AG Aktionen stellte ihr Aktionskonzept Straßentheater vor und spielte das Stück gleich vor. Es wurde aufgenommen, um für Aktive als Vorlage genutzt werden zu können. Anmerkungen aus dem Publikum dazu: Rollen sollten schriftlich mit Schildern gekennzeichnet sein, ausreichend Flyer sollten verteilt werden, damit klar wird, worum es geht.

Die Grundidee der Aktion ähnelt der der Flashmob-Aktion. Bundesweit finden sich Gruppen, die das Stück in der Öffentlichkeit vorspielen, damit auf die prekäre Situation aufmerksam machen, und ihre Aktion möglichst auf Video zu dokumentieren. Die Vorlagen zu den notwendigen Materialien werden zur Verfügung gestellt.

Im Anschluss an die Präsentation wurde abgestimmt, ob diese Aktion Unterstützung findet. 2/3 der Anwesenden unterstützten die Aktion. 1/3 enthielt sich, einige stimmten dagegen. Hauptargument gegen die Aktion war, dass das vorhandene Video noch gar nicht ausreichend vermarktet sei, es habe bisher nur 4.600 Aufrufe, und diese Aktion ja inhaltlich sehr ähnlich sei. Zudem wurde angemerkt, dass das Stück evtl. für Passanten nicht verständlich genug sei.

In den Regionen kann das Straßentheaterstück als Muster/Vorlage dienen, einer weiteren Ausarbeitung und Darstellung steht nichts im Wege.

Save the Date: Der Termin für die bundesweite Straßentheater-Aktion ist der 4.Juni 2014, 19:00h.

Weitere Infos zur Aktion und zur Planung finden sich unter: <http://piapolitik.de/aktion-2014/>

Wahl des neuen Organisationsteams

Für die Organisation des 6. PiA-Politik-Treffens stellen sich Ute Adam, Manuel Becker, Daniela Foohs, Eva Fraedrich, Ariane Heeper, Benjamin Lemke, Martina Reimitz, Ricarda Müller, Ariadne Sartorius, Katharina Simons und Kerstin Sude zur Verfügung. Dankeschön!

Pauschalierende Entgelte Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP)

Vortrag Ute Bertram (CDU)

Ute Bertram (CDU), MdB und Mitglied des Gesundheitsausschuss, stellte wie o.g. ihre Positionen zu den „Pauschalierenden Entgelten Psychiatrie und Psychosomatik“ (PEPP) und zur Ausbildungsreform vor.

Sie beschrieb PEPP als ein „lernendes System“, das gerade am Anfang stehe. Sie wisse wohl, wo uns PiA

der Schuh drücke, doch sie wies gleichzeitig darauf hin, dass es mehrere Beteiligte im Gesundheitssystem gebe, die unter einen Hut zu bringen seien.

Ihre Partei unterstütze die Einführung des PEPP, da das bisherige Abrechnungssystem undurchschaubar sei. Aktuell gebe es den Pflegesatz, der aus Basis und Abteilungspflegesatz bestünde. Hier finde keine Differenzierung bei schweren Erkrankungen statt. Bis Januar 2014 hätten sich 80 von 588 Kliniken (13%) zur Teilnahme entschlossen. 2013/14 seien als Optionsjahre vorgesehen. Es gäbe jedoch voraussichtlich eine Streckung der PEPP-Einführung von 1-2 Jahren. Ein neues verbindliches Einführungsdatum sei für die Planungssicherheit der Kliniken wichtig. 2017-2021 sei dann die Konvergenzphase.

Da PEPP ein lernendes System sei, könne man jetzt die Ausgestaltung beeinflussen, bzw., wer sich PEPP jetzt verweigere, verzichte darauf, Einfluss zu nehmen. Die Psychiatrie Personalverordnung (PsychPV) trete zum 1. Januar 2017 außer Kraft – es widerspreche der Logik pauschalierter Vergütungssätze, Bestandspersonal zu vorzusehen. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) sei verantwortlich dafür, Richtlinien für die Personalausstattung zu formulieren, jedoch seien diese nicht verbindlich.

Die zeitlichen Vergütungsstufen bildeten durchschnittliche Behandlungskosten ab, der degressive Verlauf entspreche dem tatsächlichen Verlauf der Kostenentstehung und führe nicht zu einer Praxis der „blutigen Entlassung“.

PEPP bilde voll- und teilstationäre Leistungen ab und erfasse, welcher Tagessatz berechnet werden könne, dies passiere auf Grundlage von Diagnosegruppen. Die Kategorien würden eine „notwendige“ Leistungserbringung, die keinen Spielraum für Personalverknappung lasse, beinhalten, so dass auch ohne PsychPV ausreichend Personal vorgehalten werden müsse.

Zum Thema „Reform der PT-Ausbildung“ sagte sie Folgendes: BMG teile die Auffassung, dass eine Novellierung des PsychThG erforderlich sei, der Arbeitsauftrag dafür stehe auch im Koalitionsvertrag. Zurzeit werde eine strukturelle Neuausrichtung geprüft. Der Bundesregierung prüfe aktuell, ob eine Direktausbildung mit Approbation und Weiterbildung nach einem Psychotherapie-Studium möglich sei, inklusive einer Leistungserbringung zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen und mit Blick auf ein angemessen bezahltes Arbeitsverhältnis nach der Approbation. Die Einführung einer Direktausbildung habe weitreichende Auswirkungen. Zurzeit fänden im Bundesministerium für Gesundheit Gespräche auf Fachebene mit Betroffenen statt. Modelle seien dort vorgelegt und werden derzeit geprüft, ein solcher Systemwechsel erschwere eine schnelle Entscheidungsfindung. Das Psychotherapeuten-Gesetz sei in den Ländern zustimmungspflichtig, Studiengänge an Hochschulen müssten erst eingerichtet werden, die Meinungsbildung gehe jedoch hin zum Modell der Direktausbildung.

Der Bund könne keine Vergütungserhöhung der Praktischen Tätigkeit in Aussicht stellen – die PT1 diene dem Erwerb praktischer Erfahrung und dem Kennenlernen von Fällen, bei denen Psychotherapie nicht indiziert sei. Es solle laut Bertram gerade keine Psychotherapeuten-Tätigkeit sein.

Der Bundestag wisse jedoch um die wachsende Bedeutung der Psychotherapeuten im Gesundheitssystem.

Vortrag Herbert Weisbrod-Frey (ver.di)

Herbert Weisbrod-Frey, Bereichsleiter Gesundheitspolitik bei ver.di, begann seinen Vortrag zu PEPP mit einem historischen Abriss:

- 2009: Krankenhausfinanzierungsreformgesetz-KHRG § 17d KHG – beschließt Systemwechsel
- 2012 PsychEntgG Änderung der Bundespflegegesetzverordnung
- Ende 2012 Rechtsverordnung des BMG (Ersatzvornahme)
- PEPP Katalog 2013
- Oktober 2013: Vereinbarung zwischen GKV und DKG
- PEPP Katalog 2014

Herbert Weisbrod-Frey spricht sich für tagesbezogene Entgelte aus, gegen Fallpauschalen. ver.di stehe PEPP kritisch gegenüber, das pauschalierende fallbezogene Entgelt widerspreche den integrierten Versorgungsansätzen. PEPP leiste nicht die Anpassung an neue Entwicklungen, es sei rückwärtsgerichtet. Die Psychiatrie Personalverordnung (PsychPV) solle nicht abgeschafft, sondern weiterentwickelt werden.

Sie wurde 1991 eingeführt und berücksichtigte damals alle Berufsgruppen– PiA habe es erst später gegeben. Ver.di spreche sich für eine längere Budget-neutrale Phase aus.

Nach der Einführung des DRG-Systems sei das Krankenhaus-System teurer geworden. Weisbrod-Frey legte eine Grafik vor, die aufzeigte, wie die Fallzahlen und auch die Personalausstattung vor der DRG-budgetneutralen Phase gesunken seien, um nach der Einführung des DRG-Systems wieder zu steigen, während jedoch das Personal nicht den steigenden Fallzahlen angepasst worden sei.

Er zeigte auf, dass auch die integrierte Versorgung mitbetrachtet werden müsse. Das PEPP gebe keinen Anreiz zur Ausrichtung der Aufenthaltsdauer nach ökonomischen Gesichtspunkten, ein neues Entgeltsystem solle eher eine sektorenübergreifende Behandlung fördern. Er erinnerte an die Ideale einer sozialpsychiatrischen Versorgung.

Bzgl. der Ausbildungsreform konstatierte Herbert Weisbrod-Frey, es müsse ein durch die Bundesgesetzgebung und gegen die Interessen der Kassen ein Topf für die Ausbildung geschaffen durchgesetzt werden. Dieser werde einem sicher nicht geschenkt, sondern müsse voraussichtlich erstritten und erkämpft werden. Die Ausbildung der Pflege werde nicht durch das DRG-System refinanziert, das ginge nicht, sondern direkt durch die Krankenkassen. Daher sei es auch irrelevant, wie PiA dokumentierten.

Diskussion

Folgende Themen und Fragen kamen in der Diskussion zu den PEPP-Beiträgen auf:

- Führt PEPP zu der Vergabe von schwereren Diagnosen, da bestimmte Diagnosen höhere Erlöse zuließen?
- Ist mit PEPP eine Behandlungsform möglich, die lange Liegedauern beinhaltet, oder würden Spezialkliniken mit kostenintensiven Behandlungen, oder die Behandlung bestimmter Störungsbilder unter den Tisch fallen?
- Besteht die Gefahr der Drehtürpatienten?
- Fördert PEPP nicht die Schere zwischen stationärer und ambulanter Versorgung?
- Bertram kommentiert, PEPP sei nicht nur transparent, sondern auch leistungsgerecht und appelliert an das Publikum, sich einzubringen um Schwierigkeiten abzubilden.
- Herbert Weisbrod-Frey empfiehlt, sich in den Psychiatrie-spezifischen Arbeitsgruppen bei ver.di einzubringen und dort die Interessen zu bündeln.
- Frau Bertram lädt uns PiA dazu ein, sowohl zu PEPP als auch zur Ausbildungsreform Stellungnahmen zu entwickeln und ihr zukommen zu lassen.

Diskussion um einen Brief an Frau Nahles (Mindestlohn f. PiA?) // Pro-Contra Mindestlohn-debatte:

Eine Gruppe des 5. PPT engagierte sich für einen Brief an Frau Nahles. Es kam hierbei zu keiner Abstimmung bzgl. einer Mindestlohnforderung. Es ergab sich eine Diskussion, die deutlich machte, dass einige PiA den Mindestlohn als einen Gewinn betrachten würden. Dies lässt sich auf dem Hintergrund der prekären jetzigen Situation verstehen (Wer bislang wenig oder nichts an Entgelt/monetärer Wertschätzung erhält, für den zeigt sich gewissermaßen ein Mindestlohn verständlicherweise als Gewinn). Kerstin Sude wies darauf hin, dass dies nicht eine Baustelle von Dipl.-Psych. und Dipl.-Päd. sei. Es gehe ihres Erachtens um eine angemessene Vergütung, die nicht (erneut) über Jahre (losgekoppelt vom Reformprozess) im so genannten „Niedriglohnsektor“ angesiedelt werde. Herbert Weisbrod-Frey unterstützte den Kommentar, er würde auch auf andere Pferde setzen.

Zum Ende der Veranstaltung fand sich eine Gruppe, die sich um den Brief an Frau Nahles kümmert. In dem Brief, der am 11.04.2014 an Frau Nahles ging, wurden Kommentare aufgegriffen und auch der Gesamtkontext einer notwendigen Reform des Psychotherapeutengesetzes stärker verdeutlicht. Die Stellungnahme kann unter diesem Link heruntergeladen werden: <http://piapolitik.de/2014/04/offener-brief-stellungnahme-zum-entwurf-des-tarifautonomiestarkungsgesetzes/>

Anlagen

- Folien Herbert Weisbrod-Frey
- Handlungsanleitung „Verbesserung der Bezahlung der Praktischen Tätigkeit in Zusammenarbeit mit meinem Betriebsrat“